Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 30. März 1928
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Bergmann 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt ✶ Das neue Buch
Kraft und Stoff ✶ Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

67. Jahrgang
30. 3. m Nr. 153 10 Pfennig

Wüste Prügelei im Reichstag

Blutige Zusammenstöße zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten

Im Reichstag ergab sich im Anschluß an die Aussprache über die außen- und innenpolitische Lage, über die wir an anderer Stelle berichten, bei der Einzelberatung des Etats eine große Aussprache über die Amnestiefrage, die in den letzten Tagen im Rechtsausschuß lebhaft, aber negativ erörtert worden war.

Der Volksparteiler Dr. Kahl gab bei der Beratung des Justizetats seinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß es nicht gelungen sei, die Ehescheidungsreform auf die Tagesordnung zu setzen. Der Nationalsozialist Dr. Frick verlangte eine Generalamnestie von Schulz bis Hölz. Er beschwerte sich in erregtem Ton über die Verhinderung der Feme-Amnestie.

Der Völkische v. Ramin vertrat ebenfalls das Verlangen nach Amnestie und begründete die sittliche Notwendigkeit, in einer Kameradschaft Verräter nicht zu dulden.

Der Kommunist Höllein warf der Sozialdemokratie vor, in der Amnestiefrage einen schamlosen Wahlschacher getrieben zu haben. Die Sozialdemokratie habe die jetzt gegebene Gelegenheit, sämtliche Proletarier aus den Gefängnissen zu befreien, wegen schmutziger parteipolitischer Wahlgeschäfte verhindert.

Der Deutschnationale Dr. Everling befürwortete die Durchführung einer allgemeinen Amnestie. Selbst in dieser Frage habe die Sozialdemokratie versagt, die ebenso wie das Recht, so auch die Gnade zu einer Parteisache machen wolle. Das preußische Königtum sei in der Begnadigung großzügiger gewesen als die Sozialdemokratie.

Stürmische Szenen entwickelten sich bei der Rede des Sozialdemokraten Landsberg. Er verhöhnte den Kommunisten Höllein in allen Tonarten. Er sagte: Herr Höllein hat sich heute selbst übertroffen. Sein Auftreten hat an den Arizona Kicker erinnert (Lärm bei den Kommunisten, Zurufe: Lump!). Bei den weiteren Ausführungen des Redners steigerte sich die Erregung bei den Kommunisten. Es entwickeln sich einzelne Zänkereien zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten.

Der Redner fuhr fort: Haben wir etwa ein Schachergeschäft mit der Amnestie machen wollen oder nicht etwa die Kommunisten mit den Deutschnationalen? (Großer Lärm.) Die heutigen Angriffe des Herrn Höllein auf die Sozialdemokratische Partei empfinde ich als wohltuende Abwechslung nach den Umschmeichelungen, denen meine Partei in den letzten Tagen durch die Kommunisten ausgesetzt gewesen ist.

Bei diesen Worten steigerte sich die Erregung der kommunistischen Abgeordneten zu heller Wut. Eine Gruppe von ihnen, die dem Rednerpult am nächsten stand, drang nach der Treppe zu vor und wandte sich mit geschwungenen Fäusten gegen die dort stehenden sozialdemokratischen Abgeordneten. In erster Reihe sprang der Kommunist Jadasch auf einen dicken sozialdemokratischen Abgeordneten los. Während diese Gruppe in ein Handgemenge geriet, stürzten andere Abgeordnete der beiden Parteien aufeinander los.

Auch in den Bankreihen entwickelte sich die Prügelei. Die kämpfenden Parteien drängten sich auf der Treppe zur Rednertribüne und auf dem Platz vor der Estrade der Stenographen zusammen. Einzelne Abgeordnete bemächtigten sich der ihnen zur Verfügung stehenden Wurfgeschosse: Ein Tintenfaß, ein schwerer Spucknapf aus Glas wurden in die Reihen der Kämpfenden geworfen.

Vizepräsident Esser hatte zunächst vergeblich versucht, den Lärm zu übertönen. Er verließ dann seinen Sitz und unterbrach damit die Sitzung.

Das Handgemenge spann sich noch einige Zeit fort. Erst allmählich gelang es dem Zureden weiblicher und älterer Abgeordneten, die Kämpfenden zu trennen. Der Kommunist Bertz wurde von Fraktionsgenossen mit blutüberströmtem Kopf hinausgeleitet. Der zuerst angegriffene sozialdemokratische Abgeordnete war zu Boden gestoßen worden, bei anderen Teilnehmern an dem Handgemenge war die Kleidung in Unordnung geraten.

Nach etwa fünf Minuten erschien Vizepräsident Esser wieder auf dem Präsidentenplatz und versuchte die Sitzung wieder zu eröffnen. Er bemerkte: Es ist mir mitgeteilt worden, daß der Abgeordnete Jadasch die soeben stattgefundenen Tumultszenen verursacht hat.

Durch diese Feststellung gerieten die Kommunisten erneut in Wut. Die Tumultszenen drohten sich zu erneuern. Außerdem machte Jadasch keine Anstalten, den Saal zu verlassen. Infolgedessen unterbrach der Vizepräsident die Sitzung von neuem.

Während die Mehrzahl der Abgeordneten in großer Aufregung im Sitzungssaal verblieb, trat nunmehr der Aeltestenrat zusammen. Dort wurde von allen Parteien bestätigt, daß Jadasch den Kampf entfesselt hat. Seine Ausweisung wurde von allen Seiten als gerechtfertigt angesehen. Der von den Kommunisten erhobene Vorwurf, der Sozialdemokrat Künstler habe zunächst gedroht oder geschlagen, wurde als unzutreffend zurückgewiesen.

Punkt 9½ Uhr wurde die Sitzung zum dritten Male eröffnet. Vizepräsident Esser stellte fest, daß Jadasch seiner Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht entsprochen habe. Infolgedessen sei man außerstande, weiter zu verhandeln. (Zurufe rechts: Warum?) **Der Vizepräsident schloß Jadasch wegen seiner Widerspenstigkeit für acht Tage von den Sitzungen aus. Er schlug dann die Vertagung der Verhandlungen auf Freitag 10 Uhr vor.**

Der Nationalsozialist Frick beantragte, in den Verhandlungen fortzufahren. (Zurufe von den Kommunisten: Holt doch die Polizei!) **Der bayerische Volksparteiler Leicht erklärte, er halte es für unmöglich, daß die Sitzung in Anwesenheit des Gemaßregelten weitergeführt werde.**

Bei der nun erfolgenden Abstimmung wurde der nationalsozialistische Antrag gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten sowie des größten Teils der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Das Haus vertagte sich unter großer Unruhe auf Freitag 10 Uhr zur Fortsetzung der dritten Lesung des Etats.

„Dem deutschen Volke“

Beklommen, ohne sich wie sonst geschäftig oder scherzend in Gruppen aufzuhalten, fast schweigend und in dichter Reihe verließen die Abgeordneten Donnerstag spät abends durch die Wandelhalle den Reichstag. Ein geschlagenes, müdes Geschlecht. Einige hundert Leute, von denen die Mehrzahl erneut um die Gunst des Volkes werben will, Führer genannt zu werden. Und denen man ansah, jetzt kurz vor Toresschluß am allerdeutlichsten, wie wenig sie es sind.

✶

Was war geschehen? Was hatte die stolze Selbstzufriedenheit ob der staunenswerten Arbeitsleistungen in den letzten Tagen der Reichstagsperiode derart gedämpft?

Vor den Augen von einigen Dutzend erstaunten, angewiderten Tribünenbesuchern hatten sich Abgeordnete, souveräne Vertreter des Volkes, blutig geprügelt. In einem wüsten Durcheinander von Schimpfworten, geschwungenen Fäusten, wirbelnden Akten und ohnmächtigen Abrüstungsversuchen hatte man die Verhandlungen unterbrechen müssen. Und schließlich hatte der nahezu absolut regierende Reichstag vor dem Eigensinn jenes einen Herrn Jadasch kapituliert, der zwar ausgeschlossen, aber nicht zu bewegen war, den Saal wirklich zu verlassen.

Nicht, daß man sich nach eigentlich langer Zeit mal wieder mit den Fäusten Argumente hat beibringen wollen, ist das Bemerkenswerteste. Nein, daß es so unmittelbar mit jenem psychologischen Moment zusammenfällt, an dem man sich in voller Gloriole als die allein wahren, allein weisen, die allein würdigen Führer des Volkes hatte präsentieren wollen. Und daß der intellektuelle Urheber der ekelhaften Szenen — Sie entschuldigen schon, kampflustiger Herr Jadasch! — zu eben jener Partei gehörte, die von all jenem für sich das Meiste in Anspruch nimmt. Ausgerechnet Herr Landsberg, der aalglatte, jeder Situation gewachsene Rechtsanwalt der Sozialdemokratie, mußte es sein, unter dessen gütigem Zuspruch die siedenden Gemüter zum Ueberkochen gebracht wurden. Wahrhaftig eine Talentprobe für die Erziehung und Beherrschung der Massen, für die Aufklärung armer unwissender Proletarier, für die Bewährung im parlamentarischen Milieu!

Mit hängenden Armen ging Herr Wirth, nun wieder Zentrumsmitglied h. c., nach den Lärm- und Prügelszenen hinüber in den Lesesaal. Wo war all sein Volksversammlungspathos, all sein dithyrambischer Schwung für den demokratischen Geist in diesem Augenblick, da das Parlament, die erhabene Krone seines Systems, bereits vom großen Katzenjammer ergriffen war?

Es ist wahr, man soll dergleichen Kinosensationen auch dann nicht allzu tragisch nehmen, wenn sie sich an einem für ernstere Dinge bestimmten Ort abspielen. Umgekehrt braucht niemand dem Parlament eine Verantwortung abzunehmen, die es sich selber sehr bereitwillig aufgeladen hat. Warum hat man denn nicht ein barmherziges Notprogramm, ein Locarno der Fraktionen, ein Kompromiß zur Hebung des allgemeinen parlamentarischen Prestiges gemacht, das etwa in Gestalt einer en bloc-Annahme des gesamten Etats und der damit in Verbindung stehenden Gesetze, uns allen nicht nur jene Prügelei, sondern auch den ganzen Strauß von Wahlreden erspart hätte, mit denen man uns Donnerstag beglückte!

✶

Beide Berliner Parlamente haben die dritte Lesung der Etats zu einer ebenso überflüssigen wie schädlichen Gefechtsvorübung für den Wahlkampf ausgestaltet. Die Gerechtigkeit verlangt, den Preis für die beste Wahlrede dem preußischen Innenminister Herrn Grzesinski zu erteilen. Was im Wahlhandbuch der Preußenkoalition, wie der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. v. Campe die Regierungserklärung vom Mittwoch treffend kennzeichnete, noch nahezu zart angedeutet und wenigstens geschickt frisiert war, wurde hier fingerdick aufgetragen: Propaganda für sich selbst, Kampf gegen die verruchte Reaktion und Tadel für die böse Volkspartei, die plötzlich nicht nur daran schuld sein soll, daß nichts geschaffen wurde, sondern die man sogar, wie Herr Heß das versucht, schon wieder für die Zeit nach den Wahlen ausschalten möchte.

✶

Im Reichstag drehte sich die Debatte vornehmlich um die Außenpolitik. Graf Westarp legte die Auffassung der Deutschnationalen vom schlechten Stand der Verständigungsbemühungen dar, und der Reichsaußenminister ergänzte diese Auffassung durch seine eigene. Wenn Graf Westarp darauf hinwies: Wir haben seit Locarno immer gewarnt, so erwiderte Dr. Stresemann: Ich glaube trotz des augenblicklichen Stillstands nach wie vor an die Richtigkeit des beschrittenen Weges. Daß faktisch niemand diesen Weg in Frage zieht, hatte der volksparteiliche Fraktionsführer Dr. Scholz vorher vermittelnd ausgesprochen. Es ist zu fordern, daß das Rededuell zwischen dem deutschnationalen und dem volksparteilichen Führer nicht als Stichwort zu einem Kampf zwischen den beiden Parteien gewertet wird. Herr Poincaré aber mag aus der relativ milden Note, die der Reichsaußenminister seiner letzten Rede angedeihen ließ, beileibe nicht den Schluß ziehen, man hätte in Deutschland vergessen, wer er ist. Wie sehr es Taten sind, auf die wir alle warten, bewies die Debatte durch alles, was zu Abrüstung und Besatzung gesagt wurde, einhellig und eindeutig.

Das war ihr, leider, nahezu einziges Positivum. Wie beschämend der lange Tag ausging, wieviel von dem sachlichen Bemühen der letzten Tage durch das Gewährenlassen gegenüber Raufbolden, durch mangelnde Konsequenz gegenüber einem störrischen Störenfried aufgewogen wurde, das zeigte sich an der gedrückten Stimmung und dem schlechten Gewissen der Herren selbst. Wenn man Wahlmüdigkeit, Parteienabneigung und die von Wirth so heftig gefürchtete Volksverdrossenheit ernten will, dann ist man auf dem rechten Wege. Das Volk aber verlangt Führung.

H. W.

Reichstagsrede Stresemanns

Antwort des Außenministers an Graf Westarp

In der gestrigen Sitzung ergriff Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu einer längeren Rede, in der er zunächst einen Gesetzentwurf ankündigte, dessen Erledigung die Regierung noch vor der Auflösung des Reichstags wünsche: den Gesetzentwurf über das Verbot ... Er sagte:

Wir sind uns darüber klar, daß eine völlige Verhinderung des Waffenhandels nach China nicht möglich ist, wenn nicht alle Staaten Maßnahmen gegen die Waffenfabrikation oder den Waffenhandel nach China ergreifen. Wir unsererseits sind bereit, daran mitzuarbeiten, wollen aber nicht darauf warten, bis der schwerfällige Apparat der internationalen Verständigung tätig wird. Bei dieser Gelegenheit muß ich einer Annahme entgegentreten, die im Auslande weit verbreitet zu sein scheint, und die auch in einem Worte des britischen Außenministers in seiner gestrigen Erklärung vor dem Unterhause wiederkehrt.

Es ist nicht zutreffend, daß Deutschland einer der hauptsächlichsten Waffenlieferanten nach China ist. Nicht alle Waffen, die in China als deutsche Einfuhr erscheinen, stammen aus Deutschland; zum Teil kommen sie auch aus anderen Ländern und sind nur durch den Transitweg durch Deutschland gegangen.

Der Minister dankte dem Grafen Westarp für den sachlichen Ton seiner Ausführungen, die er aber nicht als sachlich richtig anerkennen könne. Dr. Stresemann erklärte:

Aus dem Munde des Führers der größten Regierungspartei hörte es sich seltsam an, wenn er glaubte feststellen zu können, daß das Fiasko der Außenpolitik allgemein anerkannt sei.

Graf Westarp hat weiter gesagt, die Deutschnationalen hätten sich in einer gewissen Zwangslage befunden, wenn sie der Meinung sind, so erklärte der Minister weiter, daß die Außenpolitik nicht den Richtlinien entspricht, die bei der Bildung der Regierung vereinbart worden sind. Was haben Sie getan, um die Methoden zu ändern? (Lebhafte Zustimmung links). Auch ich habe nicht die Mehrheit im Kabinett. Ich glaube nicht, daß jemand annehmen will, die Dinge lägen besser, wenn Locarno nicht gewesen wäre

Wir sind alle der Meinung, daß sich aus dem Geist der Verträge die Notwendigkeit der bedingungslosen Räumung ergibt. Dafür weiter zu kämpfen, ist unsere Aufgabe.

Ich halte es sachlich nicht für richtig, in den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten etwa eine Absage an den bisherigen Gang der Politik zu sehen.

Graf Westarp hat sich dann über den mangelnden Minderheitenschutz beklagt. Niemand ist bei uns der Meinung, daß der Völkerbund eine ideale Einrichtung ist. Glaubt man aber, daß weniger zu wünschen geblieben wäre, wenn wir nicht im Völkerbund wären? Glaubt man, daß unsere Stellung in der Welt eine andere wäre, wenn die Locarnoverträge nicht beständen? In dem Begriff der psychologischen Atmosphäre unter den Völkern steckt ein Imponderabile, das früher viel zu sehr vernachlässigt worden ist.

Die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika ist materiell und ideell von größter Bedeutung. Die Widerstände dagegen, die bis in die letzten Sekunden angedauert haben, wären vielleicht nicht überwunden worden, wenn nicht die Atmosphäre der letzten Jahre zwischen Deutschland und den anderen Völkern bestanden hätte.

Man kann nun einmal nicht jeden Tag die Bilanz ziehen. Wir sind einmütig in der Unzufriedenheit über den Ausgang der Abrüstungskonferenz. Dem Grafen Bernstorff gebührt für seine Haltung unser Dank. (Beifall.) Wenn auf einem Gebiete ein Stillstand eingetreten ist, darf man noch nicht an dem Wege verzweifeln. Unser Ziel ist die Abrüstung aller auf ein vernünftiges Maß. Wir werden auf der nächsten Völkerbundsversammlung zum Ausdruck u bringen haben, daß die Voraussetzungen für die von uns gewünschte graduelle Abrüstung gegeben sind.

Zehn Jahre sind kein Zeitpunkt, den man noch als ein „von heute auf morgen“ bezeichnen kann. Auf Grund meiner fünfjährigen Erfahrungen — so schloß der Minister —, die ich verantwortlich auf dem Posten des deutschen Außenministers zugebracht habe, bin ich überzeugt, daß keine andere Politik als die bisherige zu führen ist. Solange ich auf diesem Posten stehe, werde ich diese Politik nicht ändern. Sie ist die einzig mögliche und einzig richtige, die uns zu Erfolgen führen kann. (Beifall.)

(Siehe auch Seite 2.)

---

a. **Paris**, 29. 3. (Eigenbericht)

Wie von der deutschen Botschaft mitgeteilt wird, hat heute der offizielle Austausch der Ratifikationsurkunden über das deutsch-französische Saarabkommen stattgefunden.

Ein deutscher Legationssekretär nach Rostow entsandt

Bisher keinerlei Verbindung mit den verhafteten Ingenieuren
Ein neuer Schritt des deutschen Botschafters bei Tschitscherin

mf. **Moskau**, 29. 3. (Eigenbericht)

Der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates, Kuybyschew, erklärte in einer Versammlung der Moskauer Ingenieure, die Angelegenheit der russischen und deutschen Spezialisten im Dongebiet werde in dem ordentlichen öffentlichen Verfahren hinreichend geklärt werden. Die proletarische Regierung werde mit den Agenten der Gegenrevolution nicht scherzen, sondern ihnen die eiserne Faust zeigen.

Nach privaten Mitteilungen, die ich aus russischer Quelle erhielt, soll die Voruntersuchung den Verdacht gegen die drei deutschen Fachleute, insbesondere gegen Meyer von der AEG, angeblich bestätigt haben. Ob in Anbetracht der Kompliziertheit der Tatbestände die Verhandlung gemäß der früheren Versicherung in der ersten Aprilwoche abgehalten werden könne, erscheine zweifelhaft.

Das Ersuchen des deutschen Botschafters, Grafen von Brockdorff-Rantzau, um Zulassung von Konsularbeamten zu den Angeklagten ist immer noch unberücksichtigt geblieben. Trotzdem entsandte Graf Brockdorff-Rantzau den Legationssekretär Schliep nach Rostow am Don, um durch Vermittlung der Lokalbehörden die Zulassung zu den verhafteten Deutschen zu erwirken und deren Gesundheitszustand und Unterbringung zu prüfen. Gleichzeitig hat der Botschafter an das Volkskommissariat des Auswärtigen um authentische Nachrichten über das Befinden der in Untersuchungshaft befindlichen Deutschen gebeten und um die Genehmigung ersucht, daß die Angeklagten sich mit ihren Angehörigen brieflich in Verbindung setzen dürfen.

Die Nachricht von der unwürdigen Unterbringung der Verhafteten hat in der hiesigen deutschen Kolonie große Erregung hervorgerufen. Eine klare und feste Haltung der Berliner Regierung erscheint umso notwendiger, als in privaten Aeußerungen höhnisch bemerkt wird, daß die deutschen Wirtschaftskreise lediglich Drohungen aussprächen, jedoch nicht an einen ernstlichen Verzicht auf die Geschäfte mit Sowjetrußland dächten.

Auf Einladung der hiesigen Internationalen Arbeiterhilfe sind sieben freigelassene Hauptangeklagte aus der Zeit des Münchener Räteputsches an der russischen Grenze eingetroffen und vom weißrussischen Innenkommissar Stoschewski feierlich empfangen worden.

✶

Der Vertreter des WTB. erfährt, daß seitens der deutschen Botschaft beim Volkskommissariat des Äußern Schritte unternommen werden, um zu erreichen, daß die verhafteten deutschen Ingenieure über die Art der Unterbringung und ihr Befinden Auskunft geben und mit ihren Angehörigen in briefliche Verbindung treten können.

Das englische „Baby-Wahlgesetz“

Opposition gegen das proportionale Wahlrecht

sx. **London**, 29. 3. (Eigenbericht)

Im Unterhause hatten heute die Suffragetten ihren Ehrentag. Miß Pankhurst, die resolute Führerin der Suffragetten in den stürmischen Vorkriegstagen, hatte mit ihrem Anhang die ganze Damengalerie und die Galerie der „distinguierten Fremden“ besetzt, um der Rede beizuwohnen, mit der der Innenminister das neue Wahlgesetz dem Parlament vorlegt. Sir William Joynson-Hicks begann seine Rede mit dem beifällig aufgenommenen Bekenntnis, daß seiner Ansicht nach Frauen unter 30 Jahren genau dasselbe politische Verständnis besäßen wie Frauen über 30. (Konservativer Zuruf: Nämlich gar keins!) In Zukunft würden die Frauen die Majorität der englischen Wählerschaft darstellen. England würde in Zukunft das demokratischste Wahlrecht der Welt haben. Mit der Aufstellung des neuen Wahlregisters soll sofort begonnen werden. Es soll bis 1929 fertiggestellt sein, so daß im Hochsommer des nächsten Jahres die Neuwahlen unter Beteiligung der bisher vom Wahlrecht ausgeschlossenen weiblichen Wähler im Alter von 21 bis 30 Jahren stattfinden können.

Die Behauptung, daß dieses neue Wahlrecht demokratischer sei als irgendein anderes auf der Welt, ist mindestens in einem Punkte unzutreffend. Das Gesetz führt zwar fünf Millionen Frauen dem Wahlregister zu, erhöht aber gleichzeitig die Zahl der in zwei Wahlkreisen Wahlberechtigten um 30 000 Frauen und 16 000 Männer. In Zukunft werden in England nicht weniger als 420 000 Wähler doppeltes Stimmrecht haben. Jeder, der studiert und ein Examen gemacht hat, besitzt eine zweite Stimme im Wahlkreise seiner Universität, jeder Geschäftsmann und jede Geschäftsfrau eine zweite Stimme am Sitze ihres Geschäftslokals. Bei der heutigen Debatte sprachen sich konservative und Labour-Abgeordnete gegen das von den Liberalen gewünschte proportionale Wahlrecht aus, wobei auf die in Deutschland gemachten ungünstigen Erfahrungen hingewiesen wurde.

Der frühere Lordkanzler Cave ist heute gestorben.

Der Zwischenfall auf „Royal Oak“

sx. **London**, 29. 3. (Eigenbericht)

In Gibraltar beginnt morgen die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den ehemaligen Kommandanten und den Ersten Offizieren der „Royal Oak“. Zur Verhandlung ist das Flugzeugdeck des Flugzeugträgers „Eagle“ hergerichtet worden. An 150 in Gibraltar anwesende Engländer sind Zuschauerkarten ausgegeben worden. Lord Beatty ist mit seiner Yacht „Sheilah“, auf der er im Mittelmeer kreuzte, in Gibraltar eingetroffen und wird ebenfalls der Verhandlung als Zuschauer beiwohnen. Die Anklage wird dahin formuliert, daß der Erste Offizier in einem Beschwerdebrief über den Admiral disziplinwidrige Ausdrücke gebraucht hat, und daß der Kommandant diesen Brief an den Chef der Mittelmeerstreitkräfte weitergeleitet hat. Ueber die dieser Beschwerde zugrunde liegenden Vorfälle wird in dem Anklagebeschluß keinerlei Mitteilung gemacht.

✶

Der Prinz von Wales, der in diesem Jahre schon zweimal vom Pferde gestürzt ist, nahm heute wieder an einem Jagdrennen teil, stürzte beim Sprung über die dritte Hürde, stieg wieder auf und ging als Erster durchs Ziel, obgleich ihn bei seinem Sturz fast das ganze Feld überholt hatte.

Beginn der Königsberger Verhandlungen

ml. **Königsberg**, 29. 3. (Eigenbericht)

Heute abend 9.30 Uhr traf der litauische Ministerpräsident Woldemaras in Königsberg ein, wo er am Bahnhof in Vertretung des ostpreußischen Oberpräsidenten von dem Vizepräsidenten Dr. Herbst und dem litauischen Konsul empfangen wurde. Die polnische Delegation kommt erst morgen früh in Königsberg an.

Wortgefecht zwischen Fascismus und Vatikan

„Anklagen“ eines Vertreters des radikalen fascistischen Flügels

fr. **Mailand**, 29. 3. (Eigenbericht)

Die Antwort Mussolinis auf die Rede des Papstes findet in der fascistischen Presse natürlich vollste Zustimmung. Am weitesten wagt sich, wie stets in solchen Fällen, Farinacci vor, der als Generalsekretär der Partei den Kardinalstaatssekretär Gasparri auf das schärfste angegriffen hatte und vor allem aus diesem Grunde seinerzeit seinen Posten hatte aufgeben müssen. Er hat seitdem in seiner Zeitung, dem „Regime Fascista“, unermüdlich weitergekämpft und schreibt heute frohlockend, an einen früheren Ausspruch Mussolinis anschließend: „Auf jede Provokation und jede ungerechte Handlung eine Schraubendrehung mehr!“ Seine „Anklagen“ gegen den Vatikan sind die folgenden: 1. Die vatikanischen Führer heißen den Vaterlandsverrat gewisser Katholiken und gewisser Priester im Inland und Ausland gut (gedacht ist besonders an den ehemaligen Führer der Popolarenpartei, Don Sturzo, der jetzt in Paris lebt); 2. sie behindern unentwegt die fascistischen Jugend- und Arbeitererholungsorganisationen; 3. sie billigen den Kampf der deutschen und österreichischen Katholiken gegen die Rechte, die sich Italien mittels seiner 600 000 Verwundeten und 500 000 Toten „erobert“ hat; 4. sie ermutigen die alldeutsche Hetze in Südtirol (!); 5. sie beweisen durch die Tat, daß ein guter Katholik die Grenzen des Vaterlandes vom Brenner bis zum Monte Nevoso nicht verteidigen darf; 6. die obersten Stellen billigen durch ihr Stillschweigen die Erklärung des Kardinalstaatssekretärs, daß der Faszismus aus Verbrechern und Räubern besteht. (Diese Erklärung war dem Kardinal Gasparri vom „Tevere“ unterstellt worden und sie ist begreiflicherweise niemals dementiert worden.)

Die Anschuldigungen Farinaccis beweisen eine vollständige Verkennung der Lage sowohl hinsichtlich des Vatikans wie auch des Faszismus. Er spricht, wie gesagt, nicht im Namen der Partei, sondern ist der Hauptvertreter ihres radikalen Flügels. Stimmungsmäßig hat er aber zweifellos in der Partei einen starken Anhang.

„Für die Westmächte besteht keinerlei Verpflichtung abzurüsten“, sagt „Temps“

a. **Paris**, 29. 3. (Eigenbericht)

In einer Besprechung der gestrigen Rede des Außenministers Stresemann glaubt der „Temps“ feststellen zu können, daß sich der Ton der Stresemannschen Ausführungen wesentlich von der scharfen Sprache der nationalistischen deutschen Blätter unterschieden habe

Was die von Stresemann vorgebrachten Argumente betreffe, so seien sie zum hundertsten Male widerlegt worden. Für die Westmächte bestehe keinerlei Verpflichtung, unter allen Umständen abzurüsten. Es bestehe lediglich eine Verpflichtung darin, mit aller Gewissenhaftigkeit die Beschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Deutschland dagegen sei auf Grund des Versailler Vertrages entwaffnet worden, eben um die Vorbereitungen für eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen zu erleichtern.

Genf, 29. 3. Die Antwort der spanischen Regierung auf die Einladung des Völkerbundsrates zum Verbleiben Spaniens im Völkerbund ist im Völkerbundssekretariat eingegangen.

Der Berliner Etat erneut gefährdet

Durch den Beschluß des Berliner Magistrats, die Löhne der Kämmereiarbeiter mit Wirkung vom 1. April um 6 Pfennige und mit Wirkung vom 1. Oktober um 4 Pfennige zu erhöhen, ist das Gleichgewicht im eben mit Not balancierten Berliner Etat erneut gefährdet, da der Magistrat diesen Beschluß gefaßt hat, ohne für Deckung zu sorgen. Diese neue Erschütterung des Haushalts kann für die heutige Gesamtabstimmung im Stadtparlament von Bedeutung sein.

Bis Schluss der Redaktion war der New Yorker Funkspruch nicht eingetroffen.

Milieu der Abrüstung

Von unserem Berichterstatter

fs. **Genf**, 26. 3.

Paul-Boncour hatte es vorgezogen, der Genfer Abrüstungsdebatte fernzubleiben. Im Wahlkampf erklärt er jetzt, der Schlüssel zur Abrüstung liege bei den Regierungen, die Massen seien es, die sie vorwärtstreiben müßten. Diesen Geist des Wahlkampf-Paul-Boncour hätte man bei den Verhandlungen zitieren können. Denn dort war im Gegenteil ausgeführt worden, zwar dem Mann der Straße könne man mit Abrüstungsvorschlägen leicht imponieren, aber die Weisheit der Regierungen wache darüber, daß der Mann in der Straße kein Unheil anrichte. Eben weil Paul Boncour in Genf nicht so spricht wie vor seinen Wählern und vor seinen Wählern nicht so wie in Genf, ist er der Kommission diesmal klüglich ferngeblieben. Statt seiner war einem Jouhaux in sichere Aussicht gestellt. Aber dieser Stimmgewaltige und im Zustand der Dauerexplosion befindliche Herr hatte keinerlei Neigung, das heiße Eisen anzurühren. Wie käme er auch dazu, das auszulöffeln, was Paul-Boncour den französischen Sozialisten eingebrockt hat. Und so sah sich, sicherlich nicht zu seinem Vergnügen, Graf Clauzel auf einen Posten gestellt, den er als Beamter des französischen Auswärtigen Amtes beziehen mußte. Wir sind hier nicht nur als Beamte unserer Regierungen, deren Befehle auszuführen, schrieb ihm Litwinow ins Stammbuch, sondern um unsere Regierungen vorwärtszutreiben. Litwinow äußerte in der Versammlung, was Paul-Boncour zur gleichen Zeit vor seinen Wählern äußerte. Koinzidenz der Ereignisse!

An sich war es wirklich für die Verhandlungen ein Verlust, daß Paul-Boncour nicht da war. Beherrschte er bisher die Versammlung, so beherrschte sie jetzt Litwinow und beide führten sie auch genau dahin, wohin sie wollten. Paul-Boncour zur Maskierung der Militarisierung und Litwinow zur Demaskierung. Aber besser wäre es gewesen, die beiden Fechter hätten sich gegenübergestanden. Lloyd George erzählt einmal über die Konferenz von Genua, seine größte Sorge sei gewesen, die Russen und die Franzosen auseinanderzuhalten. Das ist im Grunde auch dieses Mal geglückt. Wird Litwinow beim nächsten Mal (wann das freilich sein wird, weiß kein Mensch) zur Stelle sein, wenn Paul-Boncour zur Stelle sein wird? Hier wurde immer die Meinung vertreten, daß die Russen wiederkommen werden. Aber es gibt auch andere Ansichten.

Litwinow ist ein nicht ungewöhnlicher Typus des russischen Juden. Das Gesicht ist voll und rund. Stirn, Schläfen und ein gespannter Ausdruck zeugen von höchst intensiver geistiger Arbeit. Der Mund ist groß und bedeutend und erhält seinen ihm gemäßesten Ausdruck in der Ironie. Von seiner Frau heißt es, daß sie für das Englisch seiner die Nacht hindurch ausgearbeiteten Reden verantwortlich sei und vielleicht auch für jenes Maß immer an der äußersten Grenze des noch gestatteten hinschweifenden Taktes. Wie genau die Russen von Moskau aus die Genfer Verhandlungen verfolgten, erregte allgemeine Verwunderung. Die Russen selber erzählen, daß in einer der Stuben ihres Auswärtigen Amtes ein Beamter lebe, der die 10 000 Seiten der Genfer Verhandlungsberichte tatsächlich alle gelesen und in ein Buch von ebensoviel hundert Seiten hinein komprimiert habe. Sie schafften es aber nicht mit ihrer Materialbeherrschung. Sie schafften es mit Geist. Man weiß nicht, was an Widersprüchen und Cant in dem sowjetistischen Staat steckt. Aber die Russen kennen die Widersprüche und den Cant der imperialistischen westeuropäischen Staaten. Der Osten weiß um die Schwächen des Westen ja soviel besser Bescheid, als der Westen um die Schwächen des Ostens. Nach Osten geht heute, wer Freude hat am Entdecken. Der Westen ist längst entdeckt. Ein englischer Freund kam kürzlich aus Moskau auf Besuch nach London zurück, nach zweijähriger Abwesenheit. Er lachte über den „western mind“. Er ist „going Russian“, schrieb man mir.

Zwei Welten. Die andere repräsentiert durch Lord Cushendun. Ein körperlich gewaltiger Die-hard, mit einem Bulldoggengesicht. Der Die-hard hat von seinem Gegner gar keine Ahnung. Er hält eine lange Rede, zu der ihn niemand zwang und die sicher niemand wollte. Und versäumt es nicht, alle Fragen anzuschneiden, auf die der Mann mit dem eastern mind gerade gelauert hatte. Er ging ihm ahnungslos auf den Leim. Nach seiner Rede empfingen die Russen Glückwünsche. Und sie machten ein Gesicht, als wenn sie von einem gut besetzten Geburtstagstisch kämen. Als alles zu Ende war, erhob sich Litwinow und sprach den Dank aus Sekretariat aus. Da erhob sich auch der englische Lord zu seiner ganzen riesenhaften Höhe und sagte mit einem freundlich kindlichem Lächeln zu seinem russischen Gegenüber: Es wäre zwar nur ein kleiner Punkt, aber er möchte doch sagen, daß er diesmal mit Herrn Litwinow völlig übereinstimme. — Und das war nun wieder nett von dem großen dicken Lord.

Gibson, der Amerikaner, repräsentiert sein Land ausgezeichnet. Nicht nur deshalb, weil er eine große Perle im Schlips trägt und ein bewegliches und kluges Gesicht hat, das ein bißchen an Winnetou erinnert. Sondern er hat etwas in Haltung und Auftreten von einem neuen jugendlichen Stil. Dann hat er etwas Ironisches, was jedem Diplomaten gut steht. Man sollte meinen, er denke immer, daß ja hier gar nichts herauskommen kann. Und wenn er spricht, so rät er der Versammlung, sich ohne Termin zu vertagen.

Und dann schließlich ist Graf Bernstorff da mit seiner Rechtlichkeit. Er ist nicht wie ein glänzender Advokat, sondern wie ein Justizrat alten Schlages, wie sie heute nicht mehr vorkommen; sie sind verschwunden, wie die alten guten Hausärzte verschwunden sind, denen auch an den letzten Finessen ihrer Wissenschaft weniger lag als daran, gute Freunde und Berater ihrer Familienklientele zu sein. Sie haben beide ihre Vorzüge und ihre Nachteile: die ganz modernen Advokaten und die nicht ganz modernen Justizräte.

(Ein zweiter Aufsatz folgt)